

AG Regionalentwicklung - Stand der Diskussionen

Vorgang

In seiner Sitzung am 22. Mai 2015 befasste sich der Planungsausschuss mit dem Thema „Trends der Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung in der Region Heilbronn-Franken“ (VORLAGE (PA/VV) 9/47). Es handelte sich dabei um erste Ergebnisse eines Strukturberichts, den die Verwaltung als Grundlage für eine Diskussion um die künftige Ausrichtung der Regionalplanung in der Region Heilbronn-Franken im Hause erstellt hat. Ein Antrag der Fraktion Grüne/Linke/ÖDP zu diesem Thema und die lebhafte Diskussion im Gremium bestätigten diese Zielsetzung. Der Verbandsvorsitzende kündigte daraufhin die Vertiefung der Inhalte des Strukturberichts in einer Arbeitsgruppe an.

In der Sitzung des Ältestenrates am 29. Juni 2015 wurde das geplante Format vorgestellt. In Anlehnung an die guten Erfahrungen mit der AG Wind sollten auch in diesem Verfahren die Mitglieder der Verbandsversammlung eng eingebunden werden, um ihre Erfahrung frühzeitig einzubringen. Im Weiteren wurde eine Arbeitsgruppe Regionalentwicklung mit je zwei Vertretern der in der Verbandsversammlung vertretenen Fraktionen gebildet. Neben den Fraktionsvorsitzenden waren dies je ein weiterer Vertreter der Fraktionen.

Ziel war es, mit der AG Regionalentwicklung Leitlinien für einen künftigen Regionalplan Heilbronn-Franken zu entwickeln.

Nach einer Auftaktveranstaltung im Januar hat die AG Regionalentwicklung weitere dreimal getagt. Dabei wurde in Anlehnung an den Strukturbericht jeweils ein Schwerpunktthema vertieft. Ergänzt wurden diese Themen durch Beiträge aus den gastgebenden Städten und Gemeinden, durch die ein weiterer kommunaler Input gegeben werden konnte.

Stand der Diskussion

Thema der ersten Sitzung in Wertheim war die Bevölkerungsentwicklung. Erkenntnis ist, dass die Babyboomer bis Ende der 2020er Jahre 60 Jahre alt werden und die Kinder der Babyboomer ihrerseits bis Mitte der 2020er Jahre Kinder bekommen werden. D.h. Deutschland und die Region werden eine dritte Geburtenwelle erleben, die allerdings auf immer niedrigerem Niveau verläuft. Sie wird nicht ausreichen, um die Zahl der Sterbefälle auszugleichen. Nur Zuzug wird die Folgen des demographischen Wandels abmildern können. Es ist jedoch festzustellen, dass die Region, insbesondere der Ländliche Raum, bislang zu wenig an den Wanderungsbewegungen partizipiert. Die gegenwärtig zu beobachtende Reurbanisierung wird vorwiegend von jungen Menschen getragen; für junge Familien erweisen sich dagegen Gemeinden im Umfeld von Ober-/Mittelzentren als besonders attraktiv.

In der Diskussion wurden aufgrund der Aktualität die Dimension und die Folgen der Asyl- und Flüchtlingsmigration, aber auch die Statistik und die prognostischen Aussagen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg zur Bevölkerungsentwicklung vertieft.

Die Entwicklung des Wohnungsbestandes war Gegenstand der zweiten Sitzung in Michelfeld. Der Trend zum Einfamilienhaus ist in der Region ungebrochen, sowohl beim Bestand (knapp 66% Anteil) als auch bei den Baufertigstellungen (etwa 75% Anteil); dies gilt auch für die Stadt Heilbronn und den umgebenden verdichteten Bereich, im Wesentlichen den Landkreis Heilbronn. Im Ländlichen Raum ist eine kontinuierliche Abnahme der Belegungsdichte als auch eine zunehmend hohe Leerstandsquote festzustellen; betroffen davon sind dort häufig die Ortskerne mit altem, sanierungsbedürftigem Gebäudebestand.

Die Altersgruppe der 18-30-Jährigen erweist sich tatsächlich als sehr mobil. Ihr Anteil an den Zuzügen im Jahr beträgt für die Region Heilbronn-Franken 38%, für den Verdichtungsraum Heilbronn 42% und für die Stadt Künzelsau 50% (Hochschulstandort). Der Anteil der Zuzüge im Bauherrenalter (35-50 Jahre) macht dagegen regionsweit nur 22% aus. Daraus folgt, dass die Wohnstandortanforderungen sich deutlich nach Altersgruppen und Lebensstilen unterscheiden.

Michelfeld als gastgebende Gemeinde stellte sein familienpolitisches Gesamtkonzept im Gemeindeentwicklungsplan 2030 vor, das unter anderem Wachstum an der Nutzung vorhandener Infrastrukturen orientiert, eine Eigenbegrenzung des Bevölkerungswachstums und eine Konzentration auf den Hauptort vorsieht sowie als „das kleine Plus“ einen hohen Standard bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf anbietet.

Diskutiert wurde das Thema Wohnbauflächenbedarf, das auf Basis eines ersten Checks der Verwaltung regionsweit einen Überbestand an Wohnbauflächen in rechtskräftigen Flächennutzungsplänen offenbarte, der räumlich allerdings ungleich verteilt ist. So besteht in der Stadt und im Landkreis Heilbronn ein höherer Bedarf, in den übrigen Landkreisen ein niedrigerer Bedarf als Innenpotenzial vorhanden ist. Auch Themen wie die Auslastung vorhandener Infrastrukturen vor Schaffung neuer Infrastrukturen, die Kausalität von Arbeitsplätzen und Bevölkerung, die Erreichbarkeit generell oder die wachsende Bedeutung einer zunehmenden Zahl von Dienstwagen wurden vertieft, ebenso die steigende Attraktivität einer Gemeinde mit gutem ÖPNV-Angebot. Insgesamt wurde die Notwendigkeit eines räumlichen Konzepts zur Wohnbauflächenentwicklung in der Region festgestellt.

Die Beschäftigungsentwicklung war das Thema der dritten Sitzung der AG Regionalentwicklung in Eppingen. In den vergangenen fünf Jahren konnte die Region deutlich über dem Durchschnitt des Landes liegende Beschäftigungsgewinne verzeichnen, wobei diese im Ländlichen Raum noch stärker ausfielen als im Verdichtungsraum.

Fünf der acht Mittelzentren in der Region liegen in einem Raum relativ starker Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 20-35%; die Hot Spots mit mehr als 35% Zunahme orientieren sich eher an dem Muster der Standorte großer Firmen. Die Region Heilbronn-Franken zeichnet sich im Regionenvergleich durch ein gutes Niveau im Mittelfeld sowohl beim wissensintensiven Produzierenden Gewerbe als auch bei den wissensintensiven Dienstleistungen aus und hebt sich dadurch von anderen Regionen ab, die dies nur in einem von beiden Bereichen schaffen.

Die Stadt Eppingen als gastgebende Gemeinde stellte ihre Politik der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung, ihr gewerbliches Flächenmanagement und das Konzept der

Einzelhandelskonzentration auf die Innenstadt vor. Bemängelt werden Verluste an Infrastruktureinrichtungen wie z.B. bei der Gesundheitsversorgung.

In der Diskussion wurde die kleinräumige bzw. gemeindespezifische Betrachtung aus regionaler Perspektive sowie die Berücksichtigung gemeindlicher Perspektiven und Besonderheiten unabhängig von der Gemeindegröße thematisiert, ebenso die teilträumlich nicht parallel laufende Entwicklung bei den Arbeitsplätzen und der Bevölkerung. Deutlich wurde eine neue Attraktivität von Gewerbegebieten im Ländlichen Raum hinsichtlich ihrer antizyklischen Erreichbarkeit im Individualverkehr.

Die vierte Sitzung in Hardthausen befasste sich mit den Pendlerbewegungen. Es zeigt sich, dass die Beschäftigungsentwicklung und die Bevölkerungsentwicklung zunehmend auseinanderlaufen, denn 20.000 der 56.000 neuen Arbeitsplätze, die zwischen 2003 und 2005 in der Region neu entstanden sind, wurden durch Einpendler in die Region besetzt, im Nordosten vor allem aus Bayern, im Südwesten vor allem aus dem Landkreis Ludwigsburg. Die Region hat innerhalb einer Dekade den Wandel von einer Auspendler- zu einer Einpendlerregion vollzogen. Die Zahl der Beschäftigten nimmt zu, in der Folge nimmt auch die Zahl der Pendler weiterhin zu und erreichte 2013 einen neuen Höchststand. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Nicht-Pendler ab, was insgesamt einen Verkehrszuwachs zur Folge hat. Innerhalb der Region ist eine bevorzugte Ausrichtung der Pendlerströme auf das Oberzentrum und die Mittelzentren auszumachen.

Die gastgebende Gemeinde Hardthausen zeichnet sich durch ein starkes Bevölkerungswachstum um 50% zwischen 1983 und 2010 aus. Das Gemeindeentwicklungskonzept 2002 formulierte bereits die Grenzen des Wachstums. Es ist festzustellen, dass in Hardthausen Beschäftigte (wie z.B. DLR-Beschäftigte) eher nicht in der Gemeinde wohnen. Sie pendeln gegen den Strom. Für Hardthausen hat die Schaffung von Arbeitsplätzen zunächst Vorrang vor dem Wohnen. Der Wohnwunsch komme später von selbst.

In der Diskussion rückte das Thema Verkehr in den Vordergrund. Sowohl neue Gewerbeflächen als auch neue Wohnbauflächen generieren zusätzlichen Verkehr und es stellt sich die Frage, ob das zusätzliche Verkehrsaufkommen quantifiziert werden kann und welche Auswirkungen es hat. Es wird die Frage gestellt, was die Menschen wollen und was die Unternehmen wollen. Erneut wird diskutiert, dass Planung möglichst eine optimale Auslastung des Infrastrukturbestands bzw. die Vermeidung von Überlastung und Unterauslastung berücksichtigen sollte. Dabei dürfe nicht nur der Individualverkehr, sondern müsse auch der ÖPNV betrachtet werden. Die Stadtbahn Heilbronn wird insgesamt als ein hoher Attraktivitäts- und Standortfaktor beurteilt.

Mit Abschluss der vierten Sitzung der AG Regionalentwicklung ist zunächst der Diskussionsprozess über die Themen auf Basis des Strukturberichts abgeschlossen. Es wird nun darum gehen, wie dieser Prozess weitergeführt werden kann, um zu konkreteren Leitlinien für die regionale Planungsarbeit zu kommen.

Herr Oberbürgermeister Holaschke als Mitglied der AG Regionalentwicklung wird ein Statement zu dem bisher stattgefundenen Prozess abgeben.

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme